

Antrag G06: Wie AfD und Rechtsextremismus bekämpfen

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wie AfD und Rechtsextremismus bekämpfen**

2 Das Erstarken von AfD und Rechtsextremismus erfordert unseren entschlossenen Einsatz.
3 Dazu gehören:

4 1. Beteiligung und Initiierung von Proteste gegen das Auftreten von AfD und
5 Rechtsextremisten. Dabei beschränken wir uns bei der Mobilisierungen nicht auf die
6 linke Bubble sondern versuchen breitere Schichten anzusprechen und setzen uns dafür
7 ein, dass die Gewerkschaften eine führende Rolle bei der Mobilisierung und
8 Durchführung solcher Proteste spielen.

9 2. Wir machen in Wahlkämpfen, in Parlamenten, Kampagnen und allgemein die reale
10 Politik der AfD, ihr Abstimmungsverhalten in Parlamenten auf allen Ebenen durch
11 geeignetes Material öffentlich und zeigen damit, dass es sich bei der AfD um alles
12 andere als eine Partei der kleinen Leute handelt.

13 3. Wir machen deutlich, dass es mit CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP und anderen bürgerlichen
14 Organisationen keine Brandmauer und kein Bündnis gegen AfD und Rechtsextremismus
15 geben kann. Diese Parteien enttabuisieren mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete, ihrer
16 repressiven Asyl- und Ausländergesetzen den Rassismus der AfD. Durch Sozialabbau und
17 ihre neoliberale Politik schaffen sie Raum für die soziale Demagogie der AfD. Wir
18 müssen beides bekämpfen und kein Bündnis und mit Ihnen und keine Regierungsbeteiligung
19 mit ihnen eingehen.

20 Wir prangern die Abschiebepolitik und die Verschärfung von Gesetzen und Vorschriften
21 gegen Geflüchtete an. Wenn gleichzeitig LINKE in Landesregierungen auch eine derartige
22 Politik betreiben und z.B. Thüringen bei Bezahlkarten für Geflüchtete vorprescht oder
23 in Bremen unter einer linken Gesundheitssenatorin ein Krankenhaus gegen den
24 Widerstand der Belegschaft und tausenden von Unterschriften schließt, ist das ein
25 schwerer Schlag für unsere Glaubwürdigkeit. Deshalb lehnen wir derartige Maßnahmen
26 öffentlich ab und fordern von unseren Genoss*innen nachdrücklich einen Kurswechsel

27 4. Wir vertreten eine kompromisslose Haltung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine
28 und Israel und verurteilen offensiv den Krieg der Netanjahu-Regierung in Gaza.
29 Parteifunktionäre, die die Antikriegsposition der Partei öffentlich untergraben,
30 werden in ihre Schranken verwiesen.

31 5. Unsere Haltung zur Frage AfD-Verbot: Wenn Politiker*innen der Ampel-Parteien ein
32 Verbot der AfD fordern, ist das der Versuch, die Folgen ihrer neoliberalen Politik
33 abzuwenden, ohne diese Politik zu ändern, was zum Scheitern verurteilt ist. Es hilft
34 sogar der AfD, sich noch stärker als Anti-Establishment-Partei zu inszenieren. Wir
35 teilen nicht die Illusion, man könne sich im Kampf gegen die AfD auf die neoliberalen
36 Parteien oder den von Rechtsextremisten durchsetzten Staatsapparat verlassen. Selbst
37 wenn halbherzige staatliche Maßnahmen gegen Rechtsradikale ergriffen werden, ist die
38 Gefahr immer groß, dass sie vor allem als Präzedenzfälle dienen, um dann viel
39 massiver gegen Linke, Migrant*innen und Aktivist:innen in Gewerkschaften und sozialen
40 Bewegungen vorzugehen. Demgegenüber betonen wir, dass die AfD durch den
gemeinsamen

41 Kampf von Gewerkschaften, antifaschistischen und antirassistischen Gruppierungen und
42 Linken gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise gestoppt werden muss.

Begründung

Wir haben in diesem Jahr eine beeindruckende und höchst erfreuliche Massenbewegung gegen AfD und Rechtsextremismus gesehen. Das zeigt, dass es nicht um einen Rechtsruck geht, sondern um eine Polarisierung. Dabei findet der linke Pol zu wenig organisatorischen und noch weniger parteipolitischen Ausdruck. Es ist Aufgabe von Die Linke und der Gewerkschaften dies zu ändern.

Dies ist um so dringlicher, weil die Wahlen gezeigt haben, dass diese Massenbewegung nicht ausgereicht hat, um den Höhenflug der AfD auf der Wahlebene zu beenden.

Der bekannte Demo-Slogan „rassistisch, sexistisch, neoliberal – AfD: Partei fürs Kapital“ trifft weitgehend. (Abgesehen davon, dass sie obendrein Klimawandelleugner*innen etc. sind und der völkische Flügel der AfD zwar nicht neoliberal ist, aber auf seine Weise ebenso Kapitalinteressen vertritt) Das muss aber konkret gemacht werden.

Meinungsumfragen und Wahlanalysen zeigen, dass die AfD auch Unterstützung unter Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitgliedern hat. Unsere Erfahrungen bei Gesprächen mit Streikenden, z.B. im Nahverkehr oder im Einzelhandel, zeigen dass sich elementares Klassenbewusstsein mit nationalistischen und von der AfD geschürten Vorurteilen vermengt. Durch unsere Politik versuchen wir, dazu beizutragen, solche Widersprüche im Bewusstsein aufzulösen. Das wird aber nicht durch reine Aufklärung gelingen. Entscheidend wird bei vielen die konkrete Erfahrung in realen Kämpfen sein, wer auf ihrer Seite steht und wer auf der Gegenseite. Auch deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Linken Kämpfe wie Streiks, Mieter*innenproteste, Klimaproteste zu unterstützen und zu ihrer Politisierung beizutragen.

Die multiplen Krisen verlangen nach einer Antwort nach den Ursachen. Die AfD liefert dafür Sündenböcke. Aufgabe von Die Linke ist es das kapitalistische System, seine Profitlogik, der sich verschärfende Konkurrenzkampf, die immer größere Schere zwischen arm und reich als Ursache zu erklären und damit Klassenbewusstsein zu schärfen. Es ist dringend notwendig, zu erklären, dass die Grenzen nicht zwischen Nationalitäten, Ethnien, Hautfarben oder Religionen verlaufen, sondern zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Linke muss den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus führen und dies auch in allen Kampagnen deutlich machen und ein sozialistisches Programm anbieten.

Wenn Ampel- und Unionsparteien einerseits und AfD andererseits versuchen, einen „Kulturkampf“ gegeneinander zu inszenieren, um von ihrer gemeinsamen Grundlage ihrer neoliberalen Politik und ihrem Klassenkampf von oben abzulenken, gehen wir ihnen nicht auf den Leim. Wir zeigen auf, dass Ampel und Union weder fähig noch willens sind, einen konsequenten Kampf gegen diesen rechten „Kulturkampf“ zu führen (wie ihr immer repressiveres Vorgehen gegen Geflüchtete drastisch zeigt). Wir machen deutlich, dass wir rassistische, sexistische, homophobe, transphobe und andere reaktionäre Ideen nicht deshalb bekämpfen, weil sie unter Umständen für den „Standort Deutschland“ schlecht sind, sondern weil sie die arbeitende Bevölkerung spalten und ihren gemeinsamen Kampf gegen die sowohl von Ampel und Union als auch von AfD unterstützte neoliberale Politik schwächen (abgesehen davon, dass wir selbst, unsere Freund*innen, Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen unter diesen Ideen und ihren Folgen leiden). Deshalb bleiben wir nicht bei moralischer Kritik stehen (die im Zweifel nur die überzeugt, die unsere Moralvorstellungen bereits teilen, die wir also nicht zu überzeugen brauchen). Wir bekämpfen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Transphobie etc. nicht, um den Kapitalismus von „Auswüchsen“ zu befreien und einen Kapitalismus mit menschlichen Gesicht zu schaffen – wir sehen täglich, dass der Kapitalismus in seiner multiplen Krise immer unmenschlicher wird –, sondern als Teil des Kampfes für die Überwindung des Kapitalismus. Deshalb beteiligen wir uns nicht an Bündnissen mit regierenden Parteien.